

1. August 2018 - Festansprache

Die Schweiz braucht einen neuen Bundesbrief

Beat Walti, Nationalrat (Es gilt das gesprochene Wort)

Fussballweltmeister sind wir zwar nicht geworden – die Schweizer Fussball-Nati hat aber an der WM Endrunde doch ganz passabel abgeschnitten.

In fast allen anderen globalen Rankings steht unser Land noch weiter oben: Im World-Happiness-Report 2018 schafft es die Schweiz immerhin in die Top5, bzgl. Pro-Kopf Vermögen gehören wir regelmässig zu den Top3, auch punkto Lebensqualität schaffen wir es aufs Treppchen; wir haben eine vergleichsweise sehr tiefe Arbeitslosigkeit, und gemäss dem jährlichen Bericht der Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ist die Schweiz auch 2018 erneut/sogar das innovativste Land der Welt!.

Ja, es geht uns über alles gesehen sehr gut, das darf man an einem Nationalfeiertag sicher auch einmal feststellen.

Sollen wir auf unser Land, das Geburtstagskind, also einfach anstossen und zum gemütlichen Teil übergehen? So einfach wollen und können wir es uns denn nun doch nicht machen.

Ein Blick in die Welt zeigt, dass die Weltordnung, auf die wir uns über Jahrzehnte eingestellt haben, ins Wanken gerät. Die Zahl und Dimension der Krisen nimmt leider nicht ab, sondern zu:

- Die Hoffnungen in den sog. arabischen Frühling haben sich nach sehr kurzer Zeit in ihr Gegenteil verkehrt; der Frühling ist zu einem eisigen Winter geworden, mit bewaffneten Konflikten, Bürgerkriegen und humanitären Katastrophen, mit unsäglichem Leid für die Bevölkerung in den Krisengebieten. Das ist sicher nicht die einzige, aber eine wesentliche Ursache für die massiven Migrationsströme von Menschen, die da, wo sie herkommen, nichts mehr zu verlieren haben – und da wo sie hinwollen z.T. massive Verunsicherung auslösen.
- Aber auch auf unserem eigenen Kontinent zeigen sich Auflösungserscheinungen von Strukturen, die wir noch vor kurzem nicht für möglich gehalten hätten: In Frankreich, Italien oder Spanien werden traditionelle Parteien durch neue Bewegungen "weggeblasen" oder doch ernsthaft bedrängt, in einigen mitteleuropäischen EU-Staaten werden zentrale Errungenschaften der französischen Revolution, wie die Gewaltentrennung oder rechtsstaatliche Prinzipien, mehr oder weniger unverhohlen zur Disposition gestellt. Diesbezüglich leider noch etwas weiter sind auch Russland und die Türkei.

- Und last but not least hat in Amerika ein Präsident das Zepter übernommen, der die Regeln der Welt-Politik nicht nur neu auslegt, sondern geradezu neu definiert. Oder hätten Sie es vor 2-3 Jahren für möglich gehalten, dass ein amerikanischer Präsident die NATO in Frage stellt und mit der Geschlossenheit des westlichen Verteidigungsbündnisses ziemlich ungeniert taktiert? Und auch die Ambitionen Chinas und anderer asiatischer Staaten, in der Weltpolitik und Weltwirtschaft eine aktivere/wichtigere Rolle zu spielen, sind bekannt und machen die Ausgangslage nicht einfacher.

Vor uns liegt politisch gesehen also „rauhe See“, mit hohen Wellen und möglicherweise stürmischen, sicher aber zunehmend böigen Winden – was bedeutet das für unsere Schweiz, die als kleines Schiff, aber mit sehr grossen und stark geblähten Segeln auf den Weltmeeren bisher sehr erfolgreich unterwegs ist? Sicher würden Handelskriege, mehr Protektionismus oder gar ein Auseinanderbrechen der WTO als Welthandelsorganisation für einen wirtschaftlich stark globalisierten Kleinstaat wie die Schweiz rasch sehr spürbare Konsequenzen haben.

Sich zurückziehen und abschotten ist keine Option: Die Schweiz von heute ist keine Insel, kein gallisches Dorf (und auch kein helvetisches), sondern ein ganz im Gegenteil ein Kleinstaat, der wirtschaftlich ein grosses Rad dreht – nicht weil wir unseren Reichtum aus dem Boden ausgraben können, sondern weil wir mit der Welt äusserst intensiv und erfolgreich verbunden sind („globalisiert“). Dank einer erfolgreichen Exportwirtschaft erreichen wir bzgl. BIP 2018 immerhin Platz 20 weltweit, obwohl wir bzgl. Bevölkerungszahl lediglich auf Platz 98 liegen. Wir müssen also in einer Welt, die zunehmend durch handfeste Machtpolitik geprägt ist, geschickt navigieren, wenn wir unsere gute Situation und den Wohlstand unter diesen erschwerten Bedingungen behaupten wollen – und davon gehe ich doch aus. Wir müssen die Interessen der Schweiz an den richtigen Stellen einbringen und durchsetzen. Das geht nur, wenn wir unser Verhältnis zu anderen Staaten – der EU und zu anderen – möglichst konstruktiv regeln und für unsere Interessen auch Verbündete finden.

Ich bin zuversichtlich, dass uns dies – mit oder ohne Umwege – auch gelingen wird. Unsere lange und wechselhafte Geschichte wurde stets entscheidend geprägt/beeinflusst von der Veränderung des Umfeldes unseres Landes.

- So sind die bilateralen Verträge – mit dem politischen Preis, den wir da und dort für die vertraglichen Vorteile bezahlen - die Antwort auf den Zusammenschluss der europäischen Staaten zu einer supranationalen Organisation und einem gemeinsamen Markt, an dem wir teilhaben wollen.
- Die Gründung des Bundesstaates 1848 hätte kaum stattgefunden, wenn nicht Napoleon im frühen 19. Jahrhundert die Machtverhältnisse in Europa und auch in der Schweiz umgepflügt hätte, und die Neutralität der Schweiz (und ihre heutige territoriale Form) ist das Produkt der Metternich'schen Neuordnung Europas am Wiener Kongress nach dem endgültigen Scheitern Napoleons. Die Eidgenossenschaft hat übrigens an den Verhandlungen des Wiener Kon-

gresses teilgenommen, und musste da auch einige Kompromisse eingehen (Aufgabe des Veltlins und Chiavenna's, dafür Zusprache von Neuenburg und Basel etc.).

- Und wie wir gehört haben, ist eben auch schon der Bund, den die Urkantone 1291 geschlossen haben, eine Reaktion auf die „Arglist der Zeit“ und das Bestreben fremder Mächte, ihren Einfluss ins Gebiet der Eidgenossen auszuweiten. Auch die Urkantone wussten, dass ihre Souveränität nicht naturrechtlich absolut war, sondern realpolitisch definiert.

Das Versprechen, das die alten Eidgenossen im Bundesbrief von 1291 besiegelt haben, geht aber deutlich weiter, als sich im Widerstand gegen fremde Mächte gegenseitig zu unterstützen. Wir haben es gehört: Es wird über weite Passagen des Bundesbriefs vereinheitlichtes Recht für alle Eidgenossen geschaffen – so z.B. die Strafen bei Vergehen gegen Leib und Leben, oder auch für schwere Sachbeschädigung, die die Menschen in der Eidgenossenschaft hätte in Not bringen können; und er regelt auch ausdrücklich die Durchsetzung des Rechts in den Gebieten der jeweils anderen Eidgenossen. Sie waren sich also wohl bewusst, dass Ruhe und Ordnung im eigenen Haus eine zentrale Voraussetzung war, wenn sie gemeinsam ihre „Aussenpolitik“ durchsetzen wollten, d.h. ihre Selbstbehauptung gegenüber den fremden Mächten, die sie bedrängten.

Daraus können wir auch für die heutige Zeit und die Gestaltung unserer Zukunft einiges ableiten: Wir sollten trotz aller aussenpolitischen Herausforderungen unsere Kräfte noch viel stärker auf die Erledigung der anstehenden Hausaufgaben konzentrieren – auf Probleme übrigens, in denen wir in der Lösungsfindung grosse Entscheidungsfreiräume haben. Ein paar Beispiele:

- Die Zeitbombe in der Altersvorsorge tickt hörbar und schon lange, wir konnten schon Mitte der Neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts, noch in der Amtszeit von Bundesrätin Ruth Dreifuss, in den sogenannten „IDA FiSo-Berichten“ nachlesen, dass ohne strukturelle Reformen die AHV Umlagerechnung ab einem bestimmten Zeitpunkt Jahr für Jahr gewaltige Defizite schreiben wird, weil in der real existierenden Altersstruktur unserer Bevölkerung immer weniger Erwerbstätige eine immer grössere Zahl von Renten finanzieren müssen. Nun ist diese Situation da, und das Lösungsspektrum ist eigentlich einfach: Anpassungen bei den Leistungen, oder mehr Einnahmen für die AHV-Kasse, sei es durch eine Anpassung des Rentenalters, die Erhöhung von Lohnabzügen oder durch weitere staatliche Mittel wie z.B. die Mehrwertsteuer.
- Im Bildungssystem bestehen und entstehen nicht zuletzt durch die Digitalisierung neuartige Anforderungen, es muss den Menschen im Rahmen der Aus- und Weiterbildung rechtzeitig das Rüstzeug für die Arbeitswelt der Zukunft mitgeben.

- Und die Zukunft der Energieversorgung, v.a. die Versorgung mit Strom, ist ziemlich unklar. Besiegelt ist die frühere oder spätere Abschaltung der Kernkraftwerke, wie diese Kapazitäten ganz oder mindestens im nötigen Umfang ersetzt werden sollen, ist aber noch keineswegs geklärt – v.a. dann nicht, wenn dieser Ersatz auch umwelt- und klimatechnisch verträglich und bezahlbar sein soll (nachhaltig).

Die Liste von wichtigen Fragen, die wir durchaus eigenständig entscheiden könnten und die doch seit langem einer Klärung harren, liesse sich noch deutlich verlängern. Ich will das alles nicht dramatisieren, aber es ist wohl auch nicht ganz falsch, von einem „Reformstau“ zu sprechen. Über die Gründe für den Stau lässt sich natürlich streiten, und über die richtigen Antworten auf die gestellten Fragen gehen die Ansichten z.T. weit auseinander; die Diskussionen münden immer auch rasch in gegenseitige Schuldzuweisungen – dem sagt man dann Tagespolitik, und das will ich Ihnen und mir heute, an diesem sonnigen Nationalfeiertag, ersparen.

Fast noch wichtiger, als WAS die politische Lösung ist, ist im übrigen die Frage, WIE sie zustande kommt. Und bei dieser Frage, nämlich wie wir den Reformstau überwinden könnten, sollten wir uns durchaus ein Vorbild nehmen an den alten Eidgenossen. Wie wäre es, wenn sich die wichtigsten politischen Kräfte zusammenraufen und der vielgelobten und auch sehr erfolgreichen Konkordanzpolitik neues Leben, oder doch zumindest eine neue Qualität einhauchen würden? Unserem Land würde ein „neuer Bundesbrief“ (im übertragenen Sinne) sicher gut tun, in dem im Sinne einer ausgewogenen Gesamtschau die wichtigsten politischen Herausforderungen, die Ziele und Weichenstellungen formuliert würden! Dies wäre ein Zeugnis des Willens, nicht nur partikuläre Interessen zu maximieren, sondern im Sinne des Ganzen gute und praktikable Lösungen für die grössten Herausforderungen der Zukunft zu finden.

Die Schweiz der Schwing- und Trachtenfeste ist und bleibt ebenso Teil unserer Identität wie die Schweiz der Exportindustrie, der Landwirtschaft oder der Streetparade. Sie und viele andere (Schweizen) sollen sich auch in Zukunft in die Gestaltung unseres Landes einbringen können. Unser politisches System, unsere Institutionen sind ja auch eindeutig auf Vielfalt und Interessenausgleich angelegt, und nicht auf die grossen strategischen Würfe.

Wahrscheinlich braucht es für das gute Funktionieren unseres Systems in Zukunft auch die eine oder andere institutionelle Reform, gewisse Anpassungen an neue gesellschaftliche Realitäten – ich denke hier z.B. an die neuen Medien und ihren Einfluss auf die Information, die Meinungsbildung und die politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger. V.a. aber verlangt der Respekt vor unseren Institutionen, dass wir mit Ihnen verantwortungsvoll umgehen – und sie z.B. nicht primär dafür benutzen, Prozesse zu blockieren und die Erledigung unserer Hausaufgaben zulasten kommender Generationen systematisch auf die berühmte „lange Bank“ zu schieben. Eine gewisse Bedächtigkeit hat in der Politik – gerade aus liberaler Perspektive - durchaus ihren Wert; auf neue Fragen auch innert nützlicher Frist eine überzeugende

Antwort geben zu können, wird in der beschleunigten Dynamik der weltweiten Entwicklungen aber doch zweifellos immer wichtiger.

Direkte Demokratie, Föderalismus und Milizsystem gewährleisten, dass so oder so keine einseitigen Lösungen verfolgt, oder auch keine unnötigen Gräben zwischen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik aufgerissen werden. Die Voraussetzungen für das aktive Engagement der Menschen auf allen Ebenen des Gemeinwesens und die Erledigung der Hausaufgaben sind also vorhanden. Das ist ein Privileg, das wir nutzen sollten.

Wir können Lösungen finden für die grossen Herausforderungen der Zukunft. Wir müssen nur wollen – aber das müssen wir!

BWA/31.7.2018